

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: B 40-500, KL. 838, 837 U. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Montag, 17./Jänner 1955

Blatt 61

Das Budget der Wiener Stadtverwaltung

=====

17. Jänner (RK) In der Sendereihe "Wiener Probleme" im Sender "Rot-Weiß-Rot" sprach Bürgermeister Jonas Sonntag, den 16. Jänner, über das Budget der Stadt Wien. Einleitend beschäftigte er sich mit der Bedeutung des Haushaltsplanes und seinen Auswirkungen in der Gemeindeverwaltung und in der gesamten Wirtschaft.

Das Budgetrecht in der Demokratie

Was für jede einzelne Familie gilt, das spielt sich auch im großen Haushalt der Gemeinde ab. Auch hier muß genau überlegt werden, wieviel Geld hereinkommt, wann und für welche Zwecke es ausgegeben werden darf. Das Budget muß für ein ganzes Jahr zusammengestellt werden und hat erst dann Gesetzeskraft, wenn es vom Gemeinderat beschlossen wurde. Dann aber hat sich die ganze Gemeindeverwaltung darnach zu richten und niemand, auch nicht der Bürgermeister, kann nach persönlichem Gutdünken eine Ausgabe machen, die nicht im Budget vorgesehen ist. Die Allgemeinheit hat das Recht, durch ihre gewählten Vertreter in öffentlichen Sitzungen des Gemeinderates über die Höhe der Einnahmen und Ausgaben zu bestimmen und die Gebarung zu kontrollieren.

Das Budgetrecht ist das oberste und wichtigste Recht der gewählten Volksvertretung. In der Diktatur gab es kein Budgetrecht. Die Einnahmen und Ausgaben wurden selbtherrlich festgesetzt. Die Bevölkerung zahlte Steuern, ohne zu wissen, für welche Zwecke sie ausgegeben wurden; eine Kontrolle der Ausgaben war überhaupt nicht möglich.

Die Einnahmen

Die Einnahmen und Ausgaben für das Jahr 1955 werden sich auf mehr als je drei Milliarden Schilling belaufen. In diesen Zahlen ist aber die Gebarung der städtischen Unternehmungen nicht enthalten, da sie einen eigenen Wirtschaftskörper darstellen. Vorerst muß man sich über die Höhe der Einnahmen im klaren sein, denn sie bilden die Voraussetzung dafür, daß die Gemeinde die vielen Leistungen erbringen kann, welche die Bevölkerung von ihr erwartet. Die Einnahmen gliedern sich, grob gesprochen, in drei ungefähr gleich ertragsreiche Gruppen. Die erste Gruppe besteht aus den sogenannten Ertragsanteilen der gemeinschaftlichen Bundesabgaben, deren Festsetzung nicht dem Gemeinderat, sondern dem Nationalrat obliegt, und die daher von der Gemeinde weder erhöht noch herabgesetzt werden können; die zweite Gruppe setzt sich aus den eigenen Gemeindesteuern zusammen und die dritte Gruppe wird gebildet aus den Einnahmen der Betriebsentgelte, Gebühren und sonstigen Quellen. Hieher gehören zum Beispiel die Wassergebühren, die Mietzinse in den städtischen Wohnhäusern, die Verpflegskosten in den Krankenanstalten und die Eintrittsgelder in den Bädern. Bei der Festsetzung ihrer Höhe nimmt die Stadtverwaltung auf die Leistungsfähigkeit der Bevölkerung weitgehend Rücksicht. Ein Vergleich mit der Kostensteigerung von Lebensmitteln, Textilien, Kohlen usw. zeigt, daß die Preise für die Benützung städtischer Einrichtungen unter dem allgemeinen Durchschnitt liegen. Diese Einnahmen können zwar in ihrer Gesamtheit sehr beträchtliche Summen ausmachen, sie ergeben aber keine Überschüsse, die man für andere Zwecke verwenden könnte. Daher ist die Gemeinde in der Hauptsache auf die Steuern angewiesen.

Ein geordneter Haushalt setzt voraus, daß man nicht mehr ausgibt, als man hat. Das Geld, das die Gemeinde auf der einen Seite einnimmt, kann auf der anderen Seite nur einmal ausgegeben werden. Deshalb werden im Budget den einzelnen Stellen der Gemeindeverwaltung die Grenzen der zulässigen Ausgaben bekanntgegeben.

Die Zahlen des Voranschlags beruhen zu einem wesentlichen Teile auf Schätzungen, die zwar eine große Wahrscheinlichkeit für sich haben, aber doch nicht immer genau zutreffen. Stellt sich

aber später heraus, daß die Wirklichkeit günstiger und die Ausgabe niedriger ist als angenommen wurde, dann ist die Sache ja leicht. Wird es aber im Laufe des Jahres doch notwendig, Ausgaben zu leisten die im Voranschlag nicht oder nicht in dieser Höhe vorgesehen waren, so bedarf jede solche Änderung einer besonderen Genehmigung. Erst wenn die zuständigen Organe, also der Finanzausschuß, der Stadtsenat und der Gemeinderat diese Genehmigung erteilt haben, dürfen die Dienststellen Gelder für einen solchen Zweck ausgeben.

Die Verpflichtungen

Die Stadt Wien hat viele gesetzliche Verpflichtungen. Sie muß für eine geordnete Verwaltung sorgen, deren Kosten bei dem großen Personalstand, der dazu nötig ist, schwer ins Gewicht fallen. Sie muß die öffentlichen Einrichtungen, wie Straßen, Brücken, Kanäle, Spitäler, Schulen, Wasserleitung, und so weiter in Betrieb halten. Die Kosten hierfür sind gewaltig hoch. Sie muß die Fürsorge für Mutter und Kind und alle anderen Aufgaben des Wohlfahrtswesens durchführen. In den abgelaufenen Jahren hatte die Stadt überdies eine zusätzliche Last zu tragen. Es galt, die Schäden gutzumachen, die der Krieg hinterlassen hatte. Dies ist zum größten Teil gelungen. Ich möchte an diese erfreuliche Feststellung die Hoffnung knüpfen, daß es uns von nun an möglich sein wird, manche Vorhaben auszuführen, die uns bisher schon am Herzen lagen, die wir aber wegen der Behebung der Kriegsschäden immer wieder zurückstellen mußten.

Im fruchtbaren Zusammenwirken zwischen Bevölkerung und Gemeindeverwaltung wird es uns gelingen, unsere Stadt noch schöner und besser zu machen. Wenn wir in den früheren Jahren täglich Berge von Schutt und tausende Ruinen sehen mußten, so können wir uns heute doch schon an manchen Schönheiten erfreuen. Unsere Geduld und unsere Arbeit haben sich gelohnt und ich bin überzeugt, daß wir in Zukunft noch größere Erfolge haben werden.

Beamte der Magistratsdirektion protestieren gegen Festhaltungvon Dr. Sokolowski

17. Jänner (RK) Heute früh versammelten sich die Bediensteten der Magistratsdirektion in der Hauptgruppe I der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, um gegen die Festhaltung von Magistratsrat Dr. Sokolowski zu protestieren. Der Versammlung wohnten Bürgermeister Jonas, der Stadtrat für Personalangelegenheiten Dr. Migsch, der Präsident der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten Nationalrat Pölzer und Magistratsdirektor Dr. Kinzl bei.

Amtsrat Zorn sprach im Namen der Bediensteten und dankte Bürgermeister Jonas, daß er sich sogleich für die Freilassung Dr. Sokolowskis eingesetzt habe.

Bürgermeister Jonas schilderte den Bediensteten den Hergang der Anhaltung von Magistratsrat Dr. Sokolowski. Die Besprechungen mit den Russen werden weitergeführt.

Der Bürgermeister verwies darauf, daß es unter den jetzigen Umständen nötig sein werde, andere Wege für den Verkehr mit den russischen Behörden zu suchen, um nicht städtische Bedienstete weiterhin einer Gefahr auszusetzen. Wir haben alle die Pflicht, schloß Bürgermeister Jonas, dafür einzutreten, daß Dr. Sokolowski rasch zurückkommt und den österreichischen Behörden überstellt wird, falls gegen ihn etwas vorliegen sollte.

Nationalrat Pölzer sagte in seiner Ansprache, die Gemeindebediensteten lassen sich nicht provozieren, sie lassen sich aber auch nicht einschüchtern. Sie wünschen, daß österreichische Beamte österreichischen Gerichten überstellt werden. Durch die Vorfälle werde man wieder einmal daran erinnert, daß wir in Österreich noch immer in einem Zustand der "halben Freiheit" leben. Mit diesem Zustand werden wir uns jedoch niemals abfinden, denn wir wollen die ganze Freiheit.

Im Namen der Bediensteten der Magistratsdirektion der Stadt Wien wurde folgende Resolution an die Zentrale der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten weitergeleitet:

"Die Kollegenschaft der Magistratsdirektion der Hoheitsverwaltung hat aus der Tagespresse und dem Rundfunk die Nachricht erhalten, daß Magistratsrat Dr. Sokolowski von einer dienstlichen Vorsprache bei der Russischen Kommandantur nicht zurückgekehrt ist.

Dr. Sokolowski hat seit zehn Jahren im Auftrage des jeweiligen Bürgermeisters seinen außerordentlich verantwortungsvollen Dienst sowohl zur Zufriedenheit der Gemeinde Wien als auch ohne Anstand bei der russischen Besatzungsmacht erfüllt. Es ist für die Kollegenschaft unverständlich, daß heute, nach zehn Jahren, gegen Dr. Sokolowski Anschuldigungen erhoben werden. Selbst wenn gegen Dr. Sokolowski Gründe vorliegen, die ihn in den Augen der russischen Besatzungsmacht schuldig finden sollten, ist die Art, in der seine Festnahme durchgeführt wurde, untragbar. Dr. Sokolowski ist österreichischer Staatsbürger. Die russische Besatzungsmacht müßte daher ihre Anzeige gegen ihn vor einem österreichischen Gericht erheben und ihn sofort den österreichischen Behörden überstellen.

Die Kollegenschaft ersucht die Zentrale der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten und den Österreichischen Gewerkschaftsbund sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für Dr. Sokolowski einzusetzen!"

- - -

Die besten Plakate des Jahres

=====

17. Jänner (RK) Das Wertungskollegium der vom Amt für Kultur und Volksbildung durchgeführten Plakatwertungsaktion 1954 hat als die drei besten Plakate des Jahres 1954 die Plakate, die von den Graphikern Otto Exinger "Meinl" (Tukan), Hermann Kosel "Rindfleisch gibt Kraft" und Raymond Savignac "Olivetti Lettera 22" entworfen wurden, bestimmt. Die ausgezeichneten Künstler erhalten einen Geldpreis in der Höhe von je 2.000 Schilling.

Das gleiche Kollegium hat außerdem als beste Plakate des Monats Dezember "Die gute Weihnachtsbäckerei Thea", Entwurf Walter Hauch; "Gedächtnisausstellung Thöny", Entwurf Hanns Wagula und "Rückblick und Ausblick", Entwurf Kurt Schwarz ausgewählt.

Als bestes Plakat des vierten Vierteljahres wurde "Himalaya-Loden", Entwurf Arthur Zelger mit dem Geldpreis der Gewista ausgezeichnet. Die prämierten Plakate werden an den Plakatwänden am Stephansplatz gegenüber dem Haupteingang der Stephanskirche, in der Kärntner Straße (Heinrichshofplanke), an den Lifaßsäulen in der Weiskirchnerstraße und am Dr. Karl Lueger-Ring gegenüber dem Burgtheater affichiert.

- - -

Leonhard Frank bei Bürgermeister Jonas
 =====

17. Jänner (RK) Der bekannte deutsche Dichter Leonhard Frank besuchte heute vormittag Bürgermeister Jonas im Wiener Rathaus. In einer längeren Diskussion wurden vor allem die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse sowie die Fortschritte beim Wiederaufbau und bei der Verschönerung der österreichischen Bundeshauptstadt besprochen. Leonhard Frank wird auf Einladung des Bürgermeisters morgen eine Rundfahrt durch Wien unternehmen und mehrere städtische Wohnhausanlagen und andere neue Schöpfungen der Gemeinde Wien besichtigen. Bürgermeister Jonas übergab seinem Gast zur Erinnerung an seinen Wiener Besuch den vom Kulturredirektor der Stadt Wien im vergangenen Jahr herausgegebenen literarischen Almanach "Lebendige Stadt" und ein illustriertes Werk über Wien. Leonhard Frank trug sich beim Abschied in das Gästebuch des Bürgermeisters ein.

- - -

Rinderhauptmarkt vom 17. Jänner
 =====

17. Jänner (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 2 Ochsen. Neuzufuhren Inland: 348 Ochsen, 188 Stiere, 1127 Kühe, 156 Kalbinnen, Summe 1819. Gesamtauftrieb 1821. Verkauft wurden: 328 Ochsen, 177 Stiere, 1102 Kühe, 154 Kalbinnen, Summe 1761. Unverkauft blieben: 22 Ochsen, 11 Stiere, 25 Kühe, 2 Kalbinnen, Summe 60.

Preise: Ochsen 8.- bis 11.50 S, extrem 11.80 bis 12.- S; Stiere 9.50 bis 11.50 S, extrem 11.60 bis 11.80 S; Kühe 7.80 bis 9.80 S, extrem 9.90 bis 10.30 S; Kalbinnen 9.50 bis 11.50 S, extrem 11.60 bis 12.- S; Beilvieh Kühe 6.- bis 8.- S, Ochsen und Kalbinnen 7.- bis 9.50 S.

Bei ruhigem Marktverkehr notierten Ochsen 1. bis 3. Qualität schwach behauptet, Extremware fest behauptet, Stiere, Kühe und Kalbinnen 1. bis 3. Qualität notierten behauptet. Kalbinnen extrem und Beilvieh notierten fest behauptet.

- - -